

**Bürgerinitiative gegen das interkommunale Industrie- und Gewerbegebiet  
Burgenlandkreis**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Stadträte,

wir als Bürgerinitiative gegen das interkommunale Gewerbegebiet Burgenlandkreis im Bereich der Ortschaften Nessa, Aupitz, Zorbau und Langendorf sehen auf Basis der bisherigen Informationslage die Abstimmungen zu den entsprechenden Aufstellungsbeschlüssen zur Ausweisung und Erschließung eines Industrie- und Gewerbegebietes sehr kritisch und bitten Sie um Unterstützung dieses zu verhindern.

Der Burgenlandkreis beabsichtigt, dieses Industriegebiet unmittelbar im Bereich der einführend aufgezählten Ortschaften auf fruchtbaren Ackerböden zu errichten. Dieser Standort mit einer durchschnittlichen Ackerwertzahl von 90 Punkten gehört nicht nur regional zu den wertvollsten Böden für die landwirtschaftliche Produktion von Nahrungsmitteln, sondern auch weltweit. Mit dem angedachten Industriegebiet sollen hier aber weit über 400 Hektar versiegelt und der ackerbaulichen Nutzung entzogen werden. Das entspricht einer Größenordnung von ca. 650 Fußballfeldern. Dabei noch nicht inbegriffen sind zusätzliche Flächen, die für erforderliche Infrastruktur wie Umgehungsstraßen, Schienenanbindung usw. notwendig wären.

Das mitteldeutsche Braunkohlerevier hat bereits Anfang der 1990er Jahre einen intensiven Strukturwandel erfahren. Die beabsichtigte "neu"-Industrialisierung der Region nach dem Ende der DDR war ebenfalls von vielen guten Absichten zur Stärkung der Region geprägt. Dabei wurden, analog zum geplanten interkommunalen Industrie- und Gewerbegebiet Burgenlandkreis, zahlreiche Gebiete ausgewiesen. Die erhofften Ansiedlungen sind teilweise erfolgt, doch bei Weitem nicht in der Quantität und Qualität wie gewünscht und versprochen. Dies gilt für viele derartige Vorhaben in Ostdeutschland. Aus unserer Sicht sollten daher die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden, das heißt, nur um Strukturwandel-Gelder zu erhalten, lohnt es sich nicht, derartige Gebiete zu erschließen und vorzuhalten. Wenn dann bei ausbleibendem Ansiedlungsinteresse

die Flächen mit Photovoltaikanlagen versiegelt werden, entspricht das zwar der Energiepolitik der Bundesregierung, schafft aber keine Arbeitsplätze und ist bei nüchterner Betrachtungsweise sinnlose Zerstörung von Ökosystemen und Biotopen sowie der langfristige Entzug von fruchtbaren Ackerböden im Rahmen der landwirtschaftlichen Nutzung. So geschehen auf vielen Hektaren in Teuchern, Nessa, Gröben und Zorbau. Das ist verantwortungslos!

Auch die Erwartungen hinsichtlich des Zuzugs von Arbeitnehmern, um in den jeweiligen Gewerbegebieten ihren Lebensunterhalt zu verdienen, hat sich als völlig unbegründet und gerade auch kontraproduktiv erwiesen, da speziell in Sachsen-Anhalt die Bevölkerung eher abnehmend als zunehmend ist. Bereits jetzt beklagen zahlreiche Unternehmen der Region einen Mangel an Arbeitskräften. Vor allem qualifizierte Facharbeiter werden gesucht. Lediglich Ballungsräume, wie Leipzig-Halle, Erfurt oder Dresden zeigen eine nennenswerte Bevölkerungszunahme mit Effekten auf die Verfügbarkeit von Fachkräften. Vergleichbare Effekte für die betroffenen Ortschaften, sind vermutlich Wunschdenken. Vor allem für ein Industriegebiet, für das derzeit nicht einmal im Ansatz eine entsprechende Besiedlungsstrategie bekannt ist.

Die durch die Politik propagierten Wachstumschancen für das Gebiet und Arbeitskräftezuwanderung sind durch nichts begründet und stellen genauso Wunschdenken dar, wie dies auch derzeit bei der Bundespolitik zu verzeichnen ist. Es ist deutlich, dass gerade im Rahmen von unbegründeten und insbesondere nicht gesicherten Investitionen die Wirtschaft in keiner Weise positiv beeinflusst wird und gerade das Wirtschaftswachstum in Deutschland sich weiter negativ entwickelt. Aktuell ist aufgrund der gesamtpolitischen Fehlentscheidungen eher ein Abwandern der Wirtschaft in das wesentlich attraktivere Ausland zu verzeichnen, auch wenn hier entsprechende Strukturwandelgelder ohne Sinn und Verstand verbraucht werden. Dies stellt für industrielle Ansiedlungen keinen Anreiz mehr dar.

Ein positiver Synergieeffekt für die Region - hier zwischen A9 und Zeitz - ist aus unserer Sicht nicht zu erwarten, zumal umliegend ausreichende nicht besetzte Industrie- und Gewerbegebiete bestehen, beziehungsweise erschlossen werden sollen die dann in unmittelbarer Konkurrenz zum geplanten Industrie- und Gewerbegebiet Burgenlandkreis stehen. Beispiele sind hier Leuna mit ca. 300 ha Erweiterung, Zeitz ca. 150 ha Erweiterung und Überregional ebenfalls mehrere Hundert Hektar in Halle Süd, Wiedemar, Zwenkau und Gera Nord.

Darüber hinaus würde ein derartiges Industriegebiet nicht nur die Umwelt schädigen, sondern eine extreme Belastung der umliegenden Ortschaften durch Abgase, Lärm, künstliche Beleuchtung und Schadstoffe mit sich bringen. In unserem kulturell hochwertigen und ländlich geprägten Raum führt dies unweigerlich zur Abnahme der Lebensqualität und wäre verantwortungslos gegenüber den betroffenen Bürgern.

Die immer wieder in den Vordergrund in der Argumentation der Politik gestellten erhöhten Steuereinnahmen sind Scheinargumente, die nach 30 Jahren Entwicklung im Osten wohl nicht einmal mehr als überlegenswert bezeichnet werden können, da zwischenzeitlich bei sämtlich solchen Entwicklungen offenkundig wird, dass die Steuern nicht in den Ortschaften der Gewerbegebiete gezahlt werden, sondern in Mutterunternehmen, von denen überwiegend nicht einmal die Bundesrepublik einen Vorteil hat.

Aus unserer Sicht ist hier vielmehr das Risiko im Falle eines Scheiterns zu berücksichtigen. Wer trägt die anfallenden Kosten für den Erhalt der Infrastruktur bis zur Ansiedlung einer ausreichenden Anzahl an Unternehmen? Wer trägt die Kosten für einen möglichen Rückbau von Infrastruktur im Falle eines Scheiterns? Wer deckt die Kosten eines konstruierten Zweckverbandes?

Allein wir als Bürgerinitiative sind intensiv bemüht, die entsprechenden Probleme auch den politischen Entscheidungsträgern heranzutragen. Leider werden wir bisher nur unzureichend informiert. Von einer Teilhabe am Entscheidungsprozess ganz zu schweigen. Vorgebrachte Argumente werden durch Floskeln zurückgewiesen.

Wir bitten Sie, dieses Projekt nicht weiter zu fördern, sondern Ihre Ablehnung im Rahmen Ihrer politischen Entscheidungsmöglichkeiten kundzutun. Sie tragen gerade auch hier eine große Verantwortung gegenüber der heranwachsenden ländlichen Bevölkerung und deren Zukunftsaussichten in den betroffenen Ortschaften.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung und gehen jederzeit gern mit Ihnen in den konstruktiven Austausch!

Agrarbetrieb Gröbitz GmbH

Agrarbetrieb Steffen Werner, Rippach

Agrargenossenschaft Langendorf-Borau-Leißling e.G.

Agrar Service Uherek GmbH, Gröbitz  
AGRO GmbH Granschütz  
BUND Kreisgruppe Burgenlandkreis  
Bürgerinitiative  
Jägergemeinschaft Teucherner Land  
Jagdgenossenschaft Granschütz  
Jagdgenossenschaft Krauschwitz  
Jagdgenossenschaft Nessa  
Jagdgenossenschaft Webau  
Landwirtschafts Betrieb Burghard Otto, Zorbau  
Landwirtschafts Betrieb Steffen Werner, Rippach  
Landwirtschafts GmbH Hohenmölsen  
LWB Tobias Wenzel, Langendorf  
Milch und Zuchtfarm Nessa GmbH  
NABU RV Saale-Elster e.V.  
Naturfreunde Sachsen-Anhalt e.V.  
Osterland GmbH Teuchern  
Ottomar u. Carsten Vogel GbR, Kleingöhren  
Rindermast GmbH Granschütz  
Rittergut Wernsdorf GbR